

Montag, 15.11.10, Brüsseler Informationsblatt

Richtlinien über Migrationspolitik werden EU vorgestellt

In Brüssel steht die Europäische Union heute vor einer historischen Herausforderung. Vor dem Hintergrund wachsender Migrationsströme innerhalb der EU wird eine von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Richtlinie zur Steuerung der Arbeitsmigration diskutiert.



Im Einzelnen gibt es sehr verschiedene Ansichten zur Migrationspolitik. Länder wie zum Beispiel Belgien plädieren dazu, keine weiteren Einwanderer mehr aufzunehmen, da sie bereits in der Vergangenheit ein Ziel vieler Auswanderer bzw. Asylbewerber waren und nun versuchen wollen, die bereits vorhandenen Immigranten, die meist über nur wenig Bildung verfügen, zu qualifizieren.

Im Gegensatz dazu steht z.B. Rumänien, das eher als Auswandererland gilt, viele junge Bürger verlassen Rumänien in der Hoffnung auf bessere Arbeitsplätze im Ausland. Rumänien sucht nach qualifizierten Einwanderern und will vor allem die eigenen Arbeitskräfte halten.

Die verschiedenen Positionen der einzelnen Länder lassen eine kontroverse Diskussion erwarten. So merkte die dänische Vertreterin Hille Lauritsen bereits vor der Rede der Kommission an, in welcher der Richtlinienentwurf vorgestellt wurde, dass Dänemark Schwierigkeiten mit dieser Richtlinie habe, da man die Zuwanderung muslimischer Arbeitskräfte als äußerst problematisch ansehe.

Es bleibt also abzuwarten, wie sich die anderen Ländern positionieren und ob überhaupt Einigkeit in dieser Frage hergestellt werden kann.

Europäische Kommission will Arbeitsmigration regeln

Brüssel – Seit einigen Wochen wird in Brüssel über die Arbeitsmigration der Europäischen Union diskutiert. Hierzu hat die Europäische Kommission neue Richtlinien vorgestellt, welche sie in den vergangenen Monaten bearbeitet haben.

Die Europäische Kommission hält das Thema der Arbeitsmigration für überaus wichtig. Es betrifft alle EU-Mitgliedsstaaten, weshalb klare Richtlinien erforderlich sind.

Zum Einen schlägt die Kommission vor, dass die EU bestimmten Gruppen

bedarfsorientiert den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt erleichtert. Es sollen also qualitative Arbeiter aus anderen Ländern für Bereiche, die nicht ausgelastet sind, gesucht werden. Um dies zu ermöglichen plant die Kommission eine Einwanderungsbehörde auf europäischer Ebene. Außerdem soll online ein gemeinsames Zugangsverfahren geschaffen werden. Hier sollen Arbeitgeber Anträge stellen, sowie Arbeitnehmer aus Drittstaaten durch ein Punktesystem bewerten können.

Die Europäische Kommission weist außerdem daraufhin, dass das „Vorrangprinzip“ für EU-Bürger berücksichtigt werden soll. Das heißt, dass Arbeitnehmer aus der EU gegenüber einem Arbeitnehmer aus einem Drittstaat bei gleicher Qualifikation, bevorzugt werden.

Nach Aussagen der Kommission ist es wichtig, dass es in Zukunft einheitliche Regelungen gibt. Durch die unterschiedlichen Ausgangssituationen der EU-Mitgliedsstaaten, ist es wichtig, dass die Länder noch mehr miteinander vernetzt werden. Davon können sowohl starke als auch schwächere Staaten profitieren.



In Brüssel braut sich was zusammen

- EU-Staaten formulieren Position zum Richtlinienentwurf zur Arbeitsmigration -

In Brüssel erhielten die EU-Mitgliedsstaaten die Gelegenheit, die jeweilige nationale Position zum Richtlinienentwurf darzustellen. Atmosphärische Störungen waren dabei deutlich spürbar.

Ausgerechnet Belgien, das derzeit die Ratspräsidentschaft innehat, sprach sich vehement gegen eine weitere Zuwanderung aus. So wie Annelie Mayer darauf hin, dass ihr Land viermal mehr Asylanträge habe als andere EU-Länder.

Schweden dagegen sicherte der Richtlinie die „volle Unterstützung zu. Das Land habe sich schon lange um Arbeitsmigranten bemüht und daher ein Interesse an einer klaren Regelung innerhalb der EU.



Polen dagegen sieht sich vor allem mit dem Problem von Landsleuten konfrontiert, die ursprünglich als Arbeitssuchende das Land verlassen hatten, aber nun in ihr Heimatland zurückkehren, weil sie ihre Arbeitsplätze im Ausland verloren haben. Das zeige, dass andere EU-Länder primär auf die eigenen Arbeitnehmer achteten, stellte der polnische Vertreter sichtlich erbost dar und forderte, dass das Vorrangprinzip essentiell sei.

Absolut konträr sind die Positionen von Ländern wie Deutschland und Frankreich auf der einen sowie Griechenland und Italien auf der anderen Seite; Dort die Forderung nach Zuwanderung nur qualifizierter Arbeitnehmer, hier die Ablehnung solcher Arbeitskräfte, da die letztgenannten Länder keinen Mangel an Fachkräften hätten, Länder, wie Rumänien und Bulgarien sehen sich auch als Transitländer für durchreisende Migranten und wünschen viel Anreize, diese potentiellen Arbeitnehmer zu eigenem Land zu halten, weil auch qualifizierte Landsleute bereits ins Ausland abgewandert seien. Außerdem sollen nicht mehr so viele gut qualifizierte eigene Landsleute auswandern.

Viel Arbeit also für die belgischen Vertreterinnen Amelie Marzeaux und Annelie Mayer, hier einen Kompromiss herbeizuführen.

In einem Interview äußerte sich Frau Mayer dann auch schon weniger bissig als noch in der anfänglichen Positionsbestimmung Belgiens. Man habe doch relativ übereinstimmende Positionen zur Zuwanderung gehört. Allgemein seien doch die nicht-qualifizierten Einwanderer das Problem.

Auf die Kompromissformel des Rates darf man wohl gespannt sein.

Parlament wählt Präsidentin

Heute Morgen wählte das Parlament, das auch 25 Personen besteht, ihre Präsidentin, sowie den Vizepräsidenten und einen Pressesprecher. Aus 5 Kandidaten ging schließlich Laetitia Behrendt, Vertreterin der EVP als Wahlsiegerin hervor.

Bei der Wahl des Vizepräsidenten zog die Linke überraschend ihren Kandidaten zurück, Juan Pérez (S&D) gewann.

Als Pressesprecher wurde Frank Sieveking (EVP) bestimmt.



Präsidentin Laetita Behrendt (r.) und Pressesprecher Frank Sieveking

Unterschiedliche Ansichten im Parlament

Die Positionen der einzelnen Fraktionen des Parlaments im Hinblick der von der Kommission erstellten Richtlinien gehen auseinander. Zu den Befürwortern zählen u.a. die EVP, die S&D und die ALDE. Die Parteien begrüßen das Punktesystem und fordern zugleich, dass nur geeignete und qualifizierte Arbeitskräfte nach Europa einwandern sollen, dazu sollen verstärkte Grenzkontrollen dienen.

Die Gegenparteien stehen all dem kritisch gegenüber. So halten die Europäischen Konservativen



Reformisten die Migrationspolitik für keine Lösung. Sie sind der Meinung, diese sei ein noch größerer Anreiz für Ausländer, in die EU einzuwandern. Sie fordern eine verstärkte Familienpolitik, um die Geburtenrate in der EU zu steigern.

Ähnlich sieht die Meinung der Linken aus, die die Richtlinie als Phase bezeichnete. Die Grünen stellen eine interessante Überlegung dar. Indem sie wirtschaftliche Projekte einleiten, wie den Bau von Schulen und Firmen in den

Herkunftsländern, erhoffen sie weniger Auswanderung, da die Menschen so bessere Aussichten auf einen Job in ihren Heimatländern haben.

TRATSCH TO GO

EVP gegen oder mit ALDE?

Jan von Franzenberg (Allianz der Liberalen und Demokraten) äußerte sich enttäuscht, dass, so wörtlich: „Die EVP mit den Sozialisten in ein Bett gesprungen sei.“

Nach jahrelanger, guter Zusammenarbeit schien es, als ob es einen plötzlichen Wandel in deren Stellungnahme gab, als der Vizepräsident gewählt wurde.

Dazu äußerte sich die EVP, hauptsächlich auf fachliche Kompetenzen Wert zu legen, da keine Machtverhältnisse durch den Präsidenten genutzt werden sollen. Diese Kompetenz soll ei dem S&D Kandidaten Juan Pérez auf jeden Fall ausgeprägt vorhanden sein.



Vertreter der EVP

Einigung in der Migrationsdebatte

Das Europäische Parlament und der Rat nehmen den Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission zum Thema Arbeitsmigration in veränderter Form an.

Der Rat stimmt dem weitgehend zu, hat allerdings kleine Änderungsvorschläge, so soll beispielsweise die von der Kommission vorgeschlagene Online-Plattform gestrichen werden. Weiterhin sollen Zugangsverfahren, Antragssysteme und Punkteverfahren im Detail modifiziert werden.

Das Parlament legt besonderen Wert auf die Zuwanderung von Fachkräften mit höherem Qualifikationsniveau und möchte diesen auch Zugang zum Bildungssystem der aufnehmenden Länder ermöglichen.

Die Kommission kündigt an, in Zukunft diese Richtlinie weiter voran zu treiben.